



Newsletter Februar 2025

Liebe Interessierte,

am 29.01.2025 stimmte der Bundestag am in einer knappen Mehrheit für massive Verschärfungen in der Migrationspolitik, einem Entschließungsantrag der CDU/CSU folgend. Die Entschließung (für die Bundesregierung nicht rechtlich bindend) fordert neben der permanenten Kontrolle der deutschen Außengrenzen, eine „Zurückweisung ausnahmslos aller Versuche illegaler Einreise“ - Indikator hierfür soll das Fehlen von gültigen Einreisedokumenten sein, auch wenn ein Schutzgesuch geäußert wird. Zudem beinhaltet die Entschließung die unmittelbare Haft ausreisepflichtiger Personen, sowie Ausreisepflichtiger Straftäter und 'Gefährder', bis eine Ausreise vollzogen werden kann oder es zu einer freiwilligen Rückkehr kommt. Befugnisse der Bundespolizei sollen ausgeweitet werden, sodass diese Haftbefehle für Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam beantragen kann.

Die entsprechende Mehrheit für den Entschließungsantrag der CDU/CSU konnte nur durch eine Mehrheit im Parlament mit der AfD erfolgen. Somit handelte es sich dabei um das erste Mal, dass die Brandmauer gegen die AfD auf Bundesebene durchbrochen wurde.

Wenige Tage später, am 31.01.25, versuchte die CDU, wieder die Stimmen der AfD in Kauf nehmend, für ihr umstrittenes „Zustrombegrenzungsgesetz“ im Bundestag eine Mehrheit zu erhalten. Bei Inkrafttreten würde das Gesetz rechtliche Abweisungen an den Deutschen Außengrenzen erlauben, sowie den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten unterbinden. Bei der Abstimmung am 31.01. lehnte der Bundestag den Gesetzentwurf mit einer knappen Mehrheit ab.

Bundesweite Proteste von Hunderttausenden folgten auf den Fall der Brandmauer. Gemeinsam mit vielen weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen, den Kirchen und zahlreichen Stimmen aus der Politik riefen auch wir dazu auf, die Demokratie lautstark zu verteidigen. In verschiedenen Kontexten äußerten wir uns entsetzt über die Entwicklungen. Einige Pressebeiträge und Appelle findet ihr weiter unten.

Während die politischen Entwicklungen der letzten Wochen erschrecken und viele Menschen auf die Straße brachten, jährt sich am 19.02.25 der Gedenktag des rassistischen Anschlags in Hanau zum 5. Mal. Am 19. Februar 2020 erschütterten die Anschläge ganz Deutschland. Ein behördlich bekannter rechtsextremer Täter ermordete aus rassistischen Motiven neun Menschen: Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar, Gökhan Gültekin, Hamza Kenan Kurtović, Kaloyan Velkov, Mercedes Kierpacz, Said Nesar Hashemi, Sedat Gürbüz und Vili-Viorel Păun.

Diese grausame Tat war ein weiterer Angriff auf das friedliche Zusammenleben in Deutschland und machte die Gefahren von Rassismus und Rechtsextremismus auf brutale Weise erneut sichtbar. Wir rufen daher alle Freund*innen und Verbündete zur Teilnahme an den Gedenkveranstaltungen am 19. Februar auf und **verschieben unser Plenum aus**

diesem Grund auf den 20. Februar 2025. Lasst uns gemeinsam der Opfer gedenken und ein klares Zeichen gegen Hass und Ausgrenzung setzen. KEIN MENSCH WIRD VERGESSEN!

Mit solidarischen Grüßen
Euer Team vom Flüchtlingsrat Berlin e.V.

Auszüge aus unserer Arbeit

Pressemitteilung zum Wahlkampf

06.02.2025 Skandalisierung ohne Lösungsorientierung: Der Flüchtlingsrat Berlin ist erschüttert über einen Wahlkampf, der sich überwiegend auf Migrationsthemen konzentriert, ohne echte Lösungen für die drängenden gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen aufzuzeigen. Zur Pressemitteilung geht es [hier](#).

Pressemitteilung zum Holocaust-Gedenktag

Am 27.01.2025 jährte sich die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz zum 80. Mal. Auschwitz – ein Ort furchtbarer Verbrechen, an dem mehr als eine Millionen Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer politischen Auffassung oder auch nur ihrer Solidarität mit anderen, die nicht in das Bild der Nazis passten, von diesen ermordet wurden. Ein Ort vollkommener Willkür, an dem Menschen nicht mehr als solche gesehen wurden. Die Erkenntnis, welche Entwicklungen an diesen Punkt geführt hatte, wurde Artikel 1 des Grundgesetzes, welches 1949 verkündet wurde und das bis heute die Grundlage unseres Staates bildet: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Zur [Presseerklärung](#).

Flyer: Beratungsstellen zum Thema Afghanistan

In Berlin gibt es eine aktive afghanische Community und daraus resultierend eine Reihe an fachkundigen Beratungsstellen und Unterstützungstrukturen für Afghan*innen. In unserem [Flyer](#) findet ihr eine Auflistung von Beratungsstellen mit Angabe ihres Angebots. Die Liste ist nicht erschöpfend. Über Hinweise auf weitere Angebote oder notwendige Aktualisierungen sind wir stets dankbar.

Gemeinsamer Appell zum 37. Parteitag der CDU am 3. Februar 2025

Unter dem Motto "Einstehen für die menschenrechtliche Brandmauer: Flüchtlingsschutz und Menschenrechte sind Teil unserer Demokratie" haben wir mit 144 weiteren Bundes- und Landesorganisationen einen [Appell](#) an die CDU gerichtet. Wir fordern: Bekennen Sie sich zur menschenrechtlichen Brandmauer und stehen Sie mit uns ein für gesellschaftliches Miteinander, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte!

Die [Tagesschau](#) berichtete.

Fachinfo: Gesetzliche Neuerung für Geflüchtete aus der Ukraine

Das BMI hat mit zum 05.06.2024 beschlossen, den Schutzstatus nach § 24 AufenthG (Massenzustrom /Vorübergehender Schutz) nur noch eingeschränkt zu erteilen. Während ukrainische Staatsangehörige zunächst bis zum 04.03.2026 weiter unter den Schutz fallen und visumsfrei einreisen können, soll dies nicht mehr in gleichem Maße für Menschen mit befristetem ukrainischen Aufenthaltsrecht / ohne Schutzstatus gelten. Was bedeutet das konkret? [Hier](#) geht es zu unserer Fachinfo. Entstanden ist sie aus dem Input der Rechtsanwältin Sophie Baumann bei unserem letzten Plenum.

Presseerwähnungen (Auszug)

Merz' Migrationspolitik: So reagieren Kirchen und Verbände [vorwärts](#)

Diskussion um Brandmauer: Scharfe Debatte im Abgeordnetenhaus zu Abstimmung der Union mit AfD - Merkel kritisiert Merz. [tagesschau](#)

Vereine für Geflüchtete sorgen sich um Zukunft [t-online](#)

Nach Migrationsdebakel: „Geflüchtete sind nun an allem Schuld“ [Berliner Morgenpost](#)

Abschiebefantasien der CDU in der Kritik [taz](#)

Bundestag stimmt für härtere Migrationspolitik [radioeins](#)

Wie werden psychisch auffällige Geflüchtete in Berlin versorgt? [Berliner Morgenpost](#)

Neuigkeiten aus dem Bereich

Bundestagswahl: Vergleich der Wahlprogramme

Am 23.02.2025 finden die vorgezogenen Neuwahlen zum 21. Deutschen Bundestag statt. Wie auch in den vergangenen Jahren spielt das Thema (Flucht-)Migration eine große Rolle im Wahlkampf. Der Flüchtlingsrat NRW hat eine [Handreichung](#) angefertigt, in der die flüchtlingspolitischen Positionen der aktuell als Fraktion oder Gruppe im Bundestag vertretenen Parteien (Grüne, CDU/CSU, Linke, FDP, SPD, BSW, AfD) gegenübergestellt werden. Dazu gibt es weitere Fakten und Hintergründen.

Einen weiteren [Faktencheck](#) bietet die Initiative "Wählen ja, AfDnee".

Merz-Vorstoß: Sea-Watch zeigt Grenzkontrollen an

Die Seenotrettungsorganisation Sea-Watch initiiert [juristische Schritte](#) gegen die deutschen Grenzkontrollen. Mit der erneuten Verlängerung der Kontrollen seit September 2024 und den jüngsten Vorschlägen des CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz sieht Sea-Watch nicht nur zentrale Prinzipien der Europäischen Union, sondern auch grundlegende Menschenrechte verletzt. Die Organisation fordert die EU Kommission deshalb zur Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens auf.

FAQs Syrien auf Arabisch und Deutsch

Die Situation in Syrien befindet sich in einem rapiden Umbruchsprozess, der viele Fragen aufwirft. Was bedeuten die Entwicklungen für den Aufenthaltsstatus von Syrer*innen hierzulande? Das Willkommenszentrum Berlin hat ein FAQ Syrien auf [Deutsch](#) und [Arabisch](#) verfasst, um typische rechtliche Fragen von syrischen Staatsangehörigen zu beantworten, die durch den Sturz des Assad Regimes aufkommen können.

Rückführungen nach Afghanistan: Hungerstreik in Abschiebehaft

Im Abschiebegefängnis in Pforzheim in Baden-Württemberg sitzen teils seit Anfang August sieben Männer, die nach Kabul abgeschoben werden sollen. Mit einem Hungerstreik protestieren sie bereits seit drei Wochen dagegen. Die [taz](#) berichtete.

Bezahlkarte: Stand der Umsetzung in den Bundesländern

Die Umsetzung der diskriminierenden Bezahlkarte für AsylbLG-Berechtigte ist inzwischen in beinahe allen Bundesländern erfolgt, jedoch recht unterschiedlich. Mittlerweile gibt es aus vielen Bundesländern Erlasse, die die jeweilige Handhabung

regeln. In der [Tabelle](#) der GGUA sind die bislang zugänglichen Informationen übersichtlich zusammengestellt.

Dysfunktionaler Familiennachzug bei Fachkräften

Der reformierte Familiennachzug für Fachkräfte stellt im Grunde genommen ein Novum in der Gesetzgebung dar: Um Deutschland für sie attraktiver zu machen, dürfen Fachkräfte unter erleichterten Bedingungen und einen größeren Kreis an Familienangehörigen nachziehen lassen. Es hat sich jedoch herausgestellt, dass das Privileg des Eltern- und Schwiegerelternnachzugs nach § 36 Absatz 3 AufenthG wohl weitestgehend ungenutzt bleiben muss, da der Nachzug aus praktischen Gründen nicht realisierbar ist. Es besteht schlicht kein voraussetzungsloser Anspruch auf eine Krankenversicherung. Somit erscheint der ohnehin sehr kleine Kreis der ausländerrechtlich durch § 36 Absatz 3 AufenthG privilegierten Personen noch weiter zusammenschrumpfen. Tatsächlich droht das Instrument des Eltern- und Schwiegerelternnachzugs als Anreiz zur Fachkräftegewinnung vollständig ins Leere zu laufen. Mehr Informationen [hier](#).

Spendenaufruf: Zeitschrift ÇÎYA - Raum für unsichtbare Stimmen

Die Zeitschrift "[ÇÎYA](#)" (kurdisch für „Berg“) wurde im August 2024 ins Leben gerufen. In der ersten Ausgabe ging es um Sexualität aus der Perspektive migrantischer und geflüchteter Menschen. Nun steht die zweite Ausgabe von ÇÎYA in den Startlöchern! Diesmal wird es um das Thema „Frau*“ gehen. Doch um diese Ausgabe veröffentlichen zu können, fehlen derzeit die finanziellen Mittel. Die Herausgebenden bitten um [Spenden](#) für das Projekt.

Kampagne: Argumentation-Kit Krankenversicherung für alle!

Der Zugang zu medizinischer Versorgung ist ein international verbrieftes Menschenrecht. Niemand darf krank werden und unbehandelt bleiben, nur weil der deutsche Pass fehlt. Die Einführung einer vom Aufenthaltstitel entkoppelten Krankenversicherung, die zu unserer modernen Einwanderungsgesellschaft passt, wäre möglich – wäre der politische Wille da. Mit der [Kampagne](#) AKKA liefert das Medibüro Berlin Argumente und Materialien für alle demokratischen Parteien, um in Diskussionen und öffentlichen Auftritten von einer menschenrechtlich validen Gesundheitspolitik zu überzeugen.

Yekmal muss Beratung einstellen

Auf ihrer Website verkündet die Migrant*innenselbstorganisation Yekmal in Berlin die vorübergehende Einstellung ihrer [Asyl- und Verfahrensberatung](#) ab dem 01.03.2025. Ende letzten Jahres hatten sie erfahren, dass die Förderung für die Asylrechtsberatung nicht weitergeführt wird. Yekmal e.V. hat in der Vergangenheit 8-10 Ratsuchende täglich im Rahmen der Asylberatung beraten. [Mehr](#)

Beratungsangebot für Geflüchtete mit Behinderung

Crossroads steht geflüchteten Menschen mit Behinderungen und ihren Angehörigen bundesweit mit einer [kostenlosen telefonischen Erst- und Orientierungsberatung](#) zur Seite. Um bundesweit möglichst viele Menschen zu erreichen, haben sie mehrsprachige digitale Flyer entwickelt. Die Flyer sind in den Sprachen Dari, Arabisch, Ukrainisch, Russisch, Türkisch, Kurmanci, Englisch und Französisch verfügbar, barrierefrei und für die mobile Nutzung angepasst. Die Flyer findet ihr auf ihrer [Website](#).

Handreichung für Betroffene, Zivilgesellschaft und Behörden bei Gewalt gegen Geflüchtete

2024 hat es mehr Angriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten gegeben als im Vorjahr. Um Betroffene und Unterstützende zu stärken, stellen die Beratungsstellen B.U.D. (Beratung – Unterstützung - Dokumentation für Betroffene rechter Gewalt), die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Bayern (MBR) und der Bayerische Flüchtlingsrat (BFR) eine mehrsprachige Broschüre zur Verfügung, die nun bestellt werden kann. Mehr Infos und Bestellungen [hier](#).

Aufruf: Ehrenamtliche Vormünder*innen in Berlin gesucht

Wenn minderjährige Geflüchtete alleine nach Berlin kommen, haben sie oft niemanden. Sie wohnen im Durchschnitt etwa 18 Monate in einer Aufnahmeeinrichtung, wo sie keine Bezugsbetreuung haben, ihre Amtsvormundschaft nach vielleicht einem Jahr das erste Mal sehen, monatelang ohne Schulplatz sind. Ehrenamtliche Vormünder*innen tragen als stabile Ansprechperson dazu bei, dass ein Minderjähriger sich gehört fühlt und vertreten wird. Die Caritas sucht aktuell Ehrenamtliche für diese wichtige Arbeit. Mehr Infos [hier](#).

Schreiben des BAMF an anerkannte Schutzsuchende aus Griechenland

Aktuell erhalten viele Personen im laufenden Asylverfahren, die in Griechenland internationalen Schutz und in Deutschland einen Asylantrag gestellt haben, Briefe vom BAMF. In den Schreiben wird darauf hingewiesen, dass Schutzsuchende vermutlich keinen Schutz in Deutschland erhalten würden. Zudem wird ein Programm zur freiwilligen Rückkehr nach Griechenland beworben, was eine Unterkunft für bis zu vier Monate verspricht. Derweil sind die Lebensbedingungen für anerkannte Schutzberechtigte in Griechenland weiterhin äußerst schlecht. Viele Rückkehrende haben dort keinen Zugang zu Wohnraum, Sozialleistungen oder medizinischer Versorgung. Aus dem Grund raten wir dringend, bei Erhalt eines entsprechenden Briefes dringend eine Beratungsstelle aufzusuchen.

Mehrsprachige Informationsvideos

Der Kölner Flüchtlingsrat hat Informationsvideos zu Fragen des Asylverfahrens, Aufenthalts und der Unterbringung erstellt. Die mehrsprachigen Videos findet ihr [hier](#).

Veranstaltungen und Termine

16.02.2025 Kundgebung

Wir unterstützen die [Kundgebung](#) von Hand in Hand unter dem Motto "Mutig. Menschlich. Miteinander." am Bebelplatz.

19.02.2025 Infoveranstaltung

"Syrien nach Assad: Situation vor Ort, Menschenrechtsslage und solidarische Unterstützung aus zivilgesellschaftlicher Perspektive" mit Joumana Seif vom ECCHR, Anita Starosta von Medico und Ansar Jasim. Anmeldeöglichkeit [hier](#).

20.02.2025 Plenum

17 Uhr online. Vorsicht! Unser Plenum findet diesmal an einem Donnerstag statt. Mehr Infos folgen.

22.02.2025 #Unkürzbar Demo

Verschiedene Organisationen rufen zur Großdemo für ein solidarisches Berlin und gegen die Kürzungspolitik des Berliner Senats auf. Mehr Infos [hier](#).

22.02.2025 Demo und Protestsingen

Kein Kreuz für Abschottung und Hetze! Demonstration in Hinblick auf die Bundestagswahl. Mehr Infos [hier](#).

23.02.2025 Bundestagswahl

Wählen gehen!

23.02.2025 SOLI-Screening im Rahmen der Berlinale

Dokumentarfilm "Chez Jolie Coiffure" im Sinema Transtopia. Die Protagonistin, Sabine Amiyeme, lebt seit 13 Jahren in Brüssel, ist aber von Abschiebung nach Kamerun bedroht. Sie hat sich nach einer langen und schwierigen Migrationsgeschichte ein Leben und ein Geschäft in Brüssel aufgebaut, hat jedoch immer noch keine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung. Alle Ticketeinnahmen gehen direkt an Sabine zur Unterstützung. Tickets gibt es [hier](#).

19.05.2025 Afghanistankonferenz

09:00 - 17:00 Uhr. Kooperationsveranstaltung der Flüchtlingsräte Berlin und Schleswig-Holstein mit dem Afghanischen Stammtisch Schleswig-Holstein, der Evangelischen Akademie, Pro Asyl, Kabul Luftbrücke, VAFO, International Rescue Committee, AWO Berlin-Mitte und Terre des Hommes in der Friedenskirche in Berlin. Infos folgen in Kürze.

Fortbildungen

Bayerischer Flüchtlingsrat: Veranstaltungsreihe zu Flucht und Migration

21.01. - 24.03.2025 Online

Bei der Veranstaltungsreihe „Toolbox Asyl und Aufenthalt“ beschäftigt sich der Bayerische Flüchtlingsrat mit alltäglichen Fragen und Fallstricken aus der Beratung und Unterstützung von Geflüchteten. Expert*innen aus den jeweiligen Bereichen werden die rechtliche und praktische Situation beleuchten und sich Zeit nehmen, unsere Fragen zu beantworten. Für mehr Infos und zur Anmeldung geht es [hier](#).

19.02. 2025 | 18:00 – 19:30

Fachkräfteeinwanderungsgesetz und wo es Geflüchteten nützen kann | Daniel Olanrewaju Salaja, Fachinformationsstelle Einwanderung der LH München. Zur [Anmeldung](#).

10.03.2025 | 18:00 – 19:30

Ablehnung als "offensichtlich unbegründet" – Was tun? | RA Yunus Ziyal, Nürnberg. Zur [Anmeldung](#).

Flüchtlingsrat Schleswig Holstein: Dublin-Verfahren zwischen Deutschland und anderen EU-Ländern, Fokus Dänemark.

26.02.2025 online 10:00 - 12:00 Uhr

Veranstaltung des Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein mit dem Danish Refugee Council. Zur Anmeldung geht es [hier](#), mehr Infos gibt es [hier](#).

"Pflegebedürftig - was nun?" für geflüchtete Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen.

26.02.2025 online 13:30 - 15:30 Uhr

Die Veranstaltung von Crossroads wird Informationen zu dem Pflegesystem in Deutschland, der Beantragung eines Pflegegrades sowie der Begutachtung der Pflegebedürftigkeit bereitstellen. Sie findet auf Deutsch statt und wird simultan ins Arabische übersetzt. Weitere Informationen und das Anmeldeformular [hier](#).

Stellenausschreibungen

Quarteera: [Psychosoziale Berater*in](#)

Neue Deutsche Organisationen: [Projektleiter*in](#), [Referent*in](#)

Diakonie: [Sozialarbeiter*in](#), [Integrationslotse](#), [weitere](#)

Trixiwiz: [Projektreferentin*](#)

TBB: [Projektleiter*in](#)

Amaro Foro e.V.: [Referent*in Presse/Öffentlichkeitsarbeit](#), [Referent*in Bildung](#)

Spenden an den Flüchtlingsrat Berlin e.V.



Flüchtlingsrat Berlin e.V.

Greifswalder Str. 4, 10405, Berlin

Diese E-Mail wurde an {{contact.EMAIL}} gesendet.

Sie haben diese E-Mail erhalten, weil Sie sich für unseren Newsletter angemeldet haben.

[Abbestellen](#)